



**SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 15-176  
vom 01.06.07

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover  
Telefon 0511/3030-4011/13  
Fax 0511/3030-4808  
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de  
Internet www.SPDLandtag-Nds.de

## **Bachmann: „Feuerwehr-Arbeitszeitverordnung schleunigst überarbeiten“ OVG-Entscheidung macht Innenminister Feuer unterm Hintern**

Auf „absolutes Unverständnis“ des SPD-Feuerwehrexperthen Klaus-Peter Bachmann stößt die langjährige Weigerung des CDU-Innenministers, die Arbeitszeitverordnung für die niedersächsischen Feuerwehren an geltendes EU-Recht anzupassen. Der Europäische Gerichtshof hatte bereits im Juli 2005 in einer Aufsehen erregenden Entscheidung entschieden, dass auch Bereitschaftszeit als Arbeitszeit anzurechnen sei. Demnach ist es rechtswidrig, für den Feuerwehreinsatzdienst eine Dienstzeitregelung zu treffen, die unter Einbeziehung des Bereitschaftsdienstes eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden umfasst. In der geltenden niedersächsischen Arbeitszeitregelung ist hingegen eine durchschnittliche Arbeitszeit von 56 Stunden festgeschrieben. „Schünemann hält seit fast zwei Jahren an einer Regelung fest, die ganz eindeutig gegen europäisches Recht verstößt“, kritisierte Bachmann. „Gemeinsam mit meiner Kollegin Jutta Rübke habe ich den Innenminister wiederholt in Landtagsanfragen auf seine Handlungspflicht hingewiesen“, erläuterte Bachmann.

Bereits am 16. September 2005 hatten die SPD-Politiker den Innenminister aufgefordert, die Arbeitszeitverordnung an die europäische Rechtslage anzupassen. „Obwohl wir den Innenminister bereits damals auf den Handlungsbedarf hingewiesen hatten, ist er untätig geblieben. Deshalb haben wir am 17. Januar 2007 erneut die Überarbeitung der Arbeitszeitverordnung angemahnt und haben erneut lediglich hinhaltende Antwort bekommen. Ich freue mich vor

diesem Hintergrund sehr, dass das OVG Lüneburg mit seiner Entscheidung vom 30. Mai 2007 unsere Rechtsauffassung eindrucksvoll bestätigt und dem Innenminister damit Feuer unterm Hintern gemacht hat“, so Bachmann.

Bachmann erinnerte daran, dass es von den Beschäftigten der Berufsfeuerwehren als Armutszeugnis empfunden werde, dass sie jahrelang ohne jeglichen Ausgleich zu rechtswidriger Mehrarbeit herangezogen worden sind. „Es wird Zeit, dass Herr Schünemann endlich seine Hausaufgaben macht“, erklärte Bachmann abschließend.